

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/HaFA (Stadt)

20. Sitzung

19.08.16

Haushalts- und Finanzausschuss

(Stadt)

20. Sitzung

am 19. August 2016

Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
Abg. Herr Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Dr. Buhlert (FDP)
Abg. Frau Dehne (SPD)
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Herr Gottschalk (SPD)
Abg. Herr Güngör (SPD)
Abg. Herr Hinnens (CDU)
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
Abg. Frau Steiner (FDP)
Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Bürgermeisterin Linnert
Staatsrat Lühr)
Staatsrat Strehl)
Herr Dr. Weller)
Herr Meyer)
Frau Kreitz)
Herr Schmidt) von der Senatorin für Finanzen
Herr Sommer)

Herr Fehren)	
Herr Schneider)	
Frau Dr. Saebetzki)	
Frau Kral)	
Herr Knoop)	von der Senatorin für Finanzen
Herr Winstover)	
Herr Buscher)	
Frau Bleiker)	
Frau Dr. Otten)	vom Rechnungshof
Frau Sokol)	
Herr Meyer-Stender)	
Herr Dr. Brockmüller)	
Frau Odenkirchen		vom Senator für Inneres und Sport
Herr Runge		vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Staatsrat Kück)	vom Senator für Wissenschaft,
Herr Schütte-Thuy)	Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Peters)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und
Frau Freese)	Häfen
Herr Helmbrecht)	
Frau Moning		von der Senatorin für Kinder und Bildung
Herr Radtke)	
Herr Hartwig)	vom Gesamtpersonalrat für das Land
Herr Rellensmann		von der Kommunal-Treuhand
Herr Kreuzer)	
Frau Ehlers)	von IB-Bremen, AöR
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei/ Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 16.42 Uhr.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) kommt darin überein, die Beratung der Tagesordnungspunkte III. 2.1 sowie III. 2.11 in der Beratung vorzuziehen.

Öffentlicher Teil

I. Protokolle

1. Protokoll der 14. Sitzung vom 20. Mai 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

2. Protokoll der 15. Sitzung vom 31. Mai 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

3. Protokoll der 17. Sitzung vom 10. Juni 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

4. Protokoll der 18. Sitzung vom 10. Juni 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

5. Protokoll der 19. Sitzung vom 16. Juni 2016

Abg. Eckhoff bittet unter Bezugnahme auf die Anlage „Anmietung von Objekten zur Unterbringung von Flüchtlingen“, zur nächsten Sitzung des Ausschusses um eine Darstellung, welche Objekte zu welchen Zeiten abgemietet werden können bzw. ob im Falle fehlender Beendigungsmöglichkeiten eine Zweitnutzung der Objekte möglich ist.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

- keine Vorlagen -

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Ausführungen des Abg. Eckhoff sowie die Auftragsliste zur Kenntnis.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden, aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

2.2 Fristverlängerung für Berichtsbitten (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Fristverlängerungsanträgen für einzelne Berichtsbitten zu.

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

- keine Vorlagen -

2. (Controlling-) Berichte

2.1 Zusätzliche Sparanstrengungen des Senats aufgrund der Aufforderung des Stabilitätsrates (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den mündlichen Bericht der Senatorin für Finanzen über die zusätzlichen Sparanstrengungen des Senats aufgrund der Aufforderung des Stabilitätsrates zur Kenntnis.

2.2 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2015 des Sondervermögens Immobilien und Technik (Stadt) - Vorlage 19/214 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stellt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE und bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU den Jahresabschluss 2015 mit einem Gewinn in Höhe von 1.266.161,84 € fest und stimmt der Verwendung zur Bildung eines Gewinnvortrages zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) erteilt einstimmig der Geschäftsführerin der Immobilien Bremen AöR, Frau Andrea Jost, als Geschäftsbearbeiterin des Sondervermögens die Entlastung für das Geschäftsjahr 2015.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU dem Ausgleich des liquiditätswirksamen Teils des Verlustvortrages im Landesvermögen in Höhe von 98.336,33 € zu und ermächtigt die Finanzverwaltung, den erforderlichen Land/Stadt-Ausgleich unter Deckung durch Mehreinnahmen bei der Hst. 3987/214 14-6 vorzunehmen.

- 2.3 Offshore Terminal Bremerhaven**
hier: Berichtsbitte Nr. 16 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.3 der Tagesordnung
für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/215 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.3, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zum Offshore Terminal Bremerhaven zur Kenntnis.

- 2.4 Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes KInvFG im Land Bremen**
– Halbjahresbericht zum Umsetzungsstand per 30.06.2016
hier: Berichtsbitte Nr. 55 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.4 der Tagesordnung
für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/216 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.4, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Umsetzungsbericht zum Kommunalinvestitionsförderungsgesetz im Bundesland Bremen per 30.06.2016 zur Kenntnis.

- 2.5 Verpflegungskosten in Einrichtungen**
hier: Berichtsbitte Nr. 65 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.7 der Tagesordnung
für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/217 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.7, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zu den Verpflegungskosten in Einrichtungen zur Kenntnis und sieht die laufende Nr. 65 der Auftragsliste als erledigt an.

- 2.6 Konsolidierungsbeitrag Bremischer Beteiligungen**
hier: Berichtsbitte der Fraktion Die Linke, Nr. 40 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.8 der Tagesordnung
für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/218 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 2.8, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

- 2.7 Programm „Zukunftsorientierte Verwaltung“ (ZOV), Masterplan 2016 ff.**
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.9 der Tagesordnung
für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/219 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.9, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Ausführungen zum Programm „Zukunftsorientierte Verwaltung“ (ZOV) sowie die als Anlage beigefügte Senatsvorlage vom 21.06.2016 und den Masterplan zur Verwaltungsmodernisierung zur Kenntnis.

- 2.8 30/20 Mio. €- Programm „Umbau der Verwaltung und Infrastruktur“ (UVI) – abschließender Bericht zum Projekt „Roter Sand“**
hier: Berichtsbitte Nr. 6 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.10 der Tagesordnung
für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/220 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 2.10, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Abschlussbericht zum Projekt „Erprobung eines neuen pädagogischen Projekts an der Oberschule Roter Sand“ zur Kenntnis und sieht seine Berichtsbitte zur laufenden Nr. 6 der Auftragsliste als erledigt an.

- 2.9 Umbau der Verwaltung und Infrastruktur – Abschlussbericht zum Programm „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ (a) und Bericht über Umsetzungsstand zum Vorhaben „Bündelung der Personalsachbearbeitung“ (b)**
hier: Berichtsbitte Nr. 18 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.11 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/221 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.11, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Abschlussbericht der Senatorin für Finanzen über das Programm „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ (a) sowie den Bericht zum Umsetzungsstand des Vorhabens „Ressortübergreifende Personalsachbearbeitung“ (b) zur Kenntnis.

Er bittet die Senatorin für Finanzen, im Rahmen der Berichterstattung des Programms „Zukunftsorientierte Verwaltung“ über die Bündelung der Personalsachbearbeitung zu berichten.

- 2.10 Neuordnung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand – 1. Zwischenbericht**
hier: Berichtsbitte Nr. 60 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.12 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/222 S –

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.12, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den 1. Zwischenbericht der Senatorin für Finanzen zur Neuordnung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand zur Kenntnis.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.12, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen, über die vermutlichen finanziellen Auswirkungen

der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand zu berichten, sobald belastbare Zahlen vorhanden sind.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.12, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen, den 2. Zwischenbericht zur Sitzung im Februar 2017 vorzulegen.

3. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen und Museumsstiftungen, allgemeine Vermögensangelegenheiten

3.1 Beteiligung der Stadtgemeinde an der Straßenreinigung und Abfallentsorgung hier: Berichtsbitte der Fraktion Die Linke - Vorlage 19/223 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Verschiebung der Berichtsbitte auf September 2016 zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) macht einstimmig von seinem Akteneinsichtsrecht nach Art. 105 Abs. 4 Satz 3 Brem.LV Gebrauch und bittet die Senatorin für Finanzen, die Stellungnahme der ECONUM Unternehmensberatung und ggf. im Zusammenhang stehende Kostenvergleiche oder entsprechende Berechnungen den Ausschussmitgliedern vorzulegen.

4. Vollzug der Haushalte Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheiten

4.1 Mittelinanspruchnahme für konsumtive Sportförderzuschüsse hier: Sperrenaufhebung in Höhe von insgesamt 186.565 € - Vorlage 19/224 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Sperrenaufhebung in Höhe von 186.565,00 € bei der Hst. 3191/684 00-0, Zuschüsse Sportförderung, zu.

- 4.2 EFRE-Programm 2014-2020**
Finanzinstrumente: EFRE-Darlehensfonds und EFRE-Wagniskapitalfonds
hier: Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 4.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/225 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 4.1, kommt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) darin überein, diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung auszusetzen und bittet die Senatorin für Finanzen im Rahmen einer Neuerstellung des Deckblattes um Klarstellung, ob im Rahmen des EFRE-Wagniskapitalfonds die Abdeckung der jeweils notwendigen nationalen Kofinanzierungen durch Kreditaufnahme der BAB auf eigenes Risiko erfolgt.

- 4.3 68.01.02 Öffentliche Verkehrswege/ Finanzhilfen**
Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/ Verkehr (ASV)
hier: Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 450.000 € bei Hst. 3687/884 10-7 für die Maßnahme Am Stern
- Vorlage 19/226 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung bei Hst. 3687/884 10-7, Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/ Verkehr (ASV) in Höhe von 450,0 Tsd. € zu Lasten 2017 (420,0 Tsd. €) und 2018 (30,0 Tsd. €) zu.

- 4.4 68.01.02 Öffentliche Verkehrswege/ Finanzhilfen**
Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/ Verkehr (ASV)
hier: Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 960.000 € bei Hst. 3687/884 10-7 für die Erschließung Am Bodden-Nord
- Vorlage 19/227 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung bei Hst. 3687/884 10-7, Investive Zuweisungen

an das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (ASV),
in Höhe von 960,0 Tsd. € zu.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

5.1 Jugendberufsagentur (JBA) (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 5.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/228 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 5.1, kommt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) darin überein, diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung auszusetzen.

5.2 Handlungshilfe zur Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung bei der Arbeit (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 5.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/229 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 5.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) von der Handlungshilfe Kenntnis.

5.3 68.01.02 Öffentliche Verkehrswege/ Finanzhilfen "Optimierung im Bereich Großraum- und Schwerlasttransporte" hier: Einstellung von refinanziertem Personal im Umfang von 3 Vollzeitequivalenten - Vorlage 19/230 S -

Abg. Rupp bittet darum, im Kontext dieses Tagesordnungspunktes um einen Bericht, zu der Fragestellung, ob es im Land Bremen Überlegungen gebe, die Begleitung von Schwertransporten statt durch Polizeivollzugskräfte durch externe für diese Aufgabe fachlich qualifizierte Anbieter durchführen zu lassen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt die anliegende Senatsvorlage zum Sachstandsbericht

zur Optimierung im Bereich Großraum- und Schwerlasttransporte zur Kenntnis und schließt sich der Berichtsbite des Abg. Rupp an.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der dargestellten Refinanzierung der zusätzlichen drei Stellen über rd. 230 T EUR p.a. für die Genehmigungsverfahren der Großraum- und Schwerlasttransporte zu und bittet die Senatorin für Finanzen um die haushaltmäßige Umsetzung.

6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik

- keine Vorlagen -

7. Sonstiges

- keine Vorlagen -

IV. Verschiedenes

1. Besetzung altes Sportamt

Abg. Dr. vom Bruch bittet zur Septembersitzung des Ausschusses zur Besetzung des alten Sportamtes um eine Darstellung der aktuellen Situation und beabsichtigte Maßnahmen. Der Bericht soll auch die durch Besetzung entstandene Kosten bzw. Schäden sowie entgangene Mieteinnahmen aufzeigen und die vertraglichen Grundlagen der Duldung mitteilen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt Kenntnis und schließt sich der Berichtsbite des Abg. Dr. vom Bruch an.

(Ende des öffentlichen Teils um 16.50 Uhr)

gez. Jens Eckhoff